

Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

Konrad Freiberg
Bundesvorsitzender

Stromstr. 4 ■ 10555 Berlin
Telefon: 0 30 / 39 99 21-110
Telefax: 0 30 / 39 99 21-211
Mobil: 01 72/2 14 82 31
Konrad.Freiberg@gdp-online.de

Privat:

Reinbeker Redder 46c
21031 Hamburg
Telefon: 0 40 / 7 30 22 45
Fax: 0 40 / 73 93 19 28

An:

- die Landesbezirke/Bezirke
- die GBV-Mitglieder

Geschäftsstelle

Berlin, 1. September 2006

Herbstaktivitäten - geplante Aktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie in meinem Brief von Ende Juli angekündigt, finden im Herbst die über den DGB Bundesvorstand organisierten Herbstaktivitäten „Das geht besser. Aber nicht von allein.“ des DGB und seiner Einzelgewerkschaften statt.

An der Auftaktveranstaltung am **20. September 2006** im Berliner Congresscentrum nimmt, wie angekündigt, unser Bundesvorstand teil.

Für die geplanten Demonstrationen am **21. Oktober 2006** in Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Frankfurt ist es besonders wichtig, dass auch unsere Kolleginnen und Kollegen Flagge zeigen und an den Aktionen teilnehmen. Von vielen geplanten Änderungen sind sie entweder auch direkt betroffen oder spätestens bei der „wirkungsgleichen Übertragung“ der getroffenen Maßnahmen.

Wir möchten euch bitten, den Termin zu notieren und für die Demonstrationen bei den Kolleginnen und Kollegen zu mobilisieren. Der Aufruf wird über den DGB bzw. die DGB-Regionen erfolgen. Das gilt auch für das Material, das in dieser Woche fertig gestellt werden soll. Insofern solltet ihr euch - soweit noch nicht erfolgt-, an die jeweils zuständige DGB Region wenden, die mit der Vorbereitung betraut sind.

Dass es sich - für uns alle - ob Tarifbeschäftigte, Beamtinnen und Beamte oder Versorgungsempfänger sowie Rentner - „lohnt“ an den Aktivitäten teilzunehmen, zeigen die von der Bundesregierung avisierten bzw. zum Teil schon in Angriff genommenen „Reformen“.

Das sind zum einen die

- Rentenreform
- Gesundheitsreform
- Föderalismusreform.

Zum anderen die bereits beschlossenen Gesetze

- Haushaltsbegleitgesetz 2006
- Steueränderungsgesetz 2007

Im Detail:

1. Anhebung des **Mehrwertsteuersatzes** um drei Punkte auf 19% zum 1. Januar 2007
Von der „Gegenfinanzierung“ dieser Steuererhöhung durch Absenkung des Arbeitslosenbeitrages von 6,5% auf 4,5% haben Beamte, Rentner, Versorgungsempfänger, Kinder und Arbeitslose nichts. Wohingegen die Mehreinnahmen der Vorbereitung der geplanten Unternehmenssteuerreform dienen sollen.

Wir bezahlen die höheren Gewinne der Unternehmen!

2. Das **Steueränderungsgesetz** 2007 hat zum Inhalt:

- Reduzierung der Pendlerpauschale
- Halbierung des Sparerfreibetrages
- Beschränkung de Kindergeldfreibetrages für studierende Kinder auf das 25.Lebensjahr

3. Das Renteneintrittsalter wird über eine **Rentenreform** von bisher 65 auf das 67. Lebensjahr heraufgesetzt.

Das wird nach bisherigen Erfahrungen nicht folgenlos bei den Beamtinnen und Beamten bleiben: Stichwort „wirkungsgleiche Übertragung“ aus der Koalitionsvereinbarung. Damit gerät auch die besondere Altersgrenze in der Polizei in Gefahr und das Versorgungsniveau wird wie im Rentenrecht weiter abgesenkt werden.

4. Durch die **Gesundheitsreform** werden Tarifbeschäftigte und Rentner ab 1. Januar 2007 mit Beitragssatzsteigerungen zu ihrer gesetzlichen Krankenversicherung belastet. Es ist zu erwarten, dass die privaten Krankenversicherungen mit den Anhebungen der Versicherungsbeiträge nachziehen.

Außerdem ist in dem zurzeit vorliegenden Arbeitsgesetzentwurf vorgesehen, dass auch bestehende Verträge von Privatversicherten in einen Basis- und Zusatztarif umgestellt werden sollen, was zu Beitragssteigerungen von über 30 v.H. führen kann. Auch hier ist der Weg zur Übertragung auf die Beihilfe nicht weit. Das gilt auch für die geplante jährliche Selbstbeteiligung von 1200 €.

Insgesamt werden die Reformvorhaben des Herbstes 2006 die Beamtinnen und Beamten, Tarifbeschäftigte, Versorgungsempfänger sowie Rentner massiv belasten.

5. Last but not least die **Föderalismusreform**, die mit dem 7. Juli 2006 durch die Änderung des Grundgesetzes wirksam geworden ist. Das Laufbahn-, das Besoldungs- und das Versorgungsrecht unterliegen damit ab 2007 der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz der Länder. Damit ist eingetreten, was die „Koalition“ der Ministerpräsidenten miteinander 2004 verabredet hatte:

- die Personalkompetenz der Länder muss gestärkt werden,
- die Ausgabenhöhe für Personalaufwendungen müssen die Länder jeweils für sich bestimmen können.

6. Mit der geplanten **Unternehmenssteuerreform** sollen die Unternehmen weiter entlastet werden. Steuergeschenke in Höhe von fünf Milliarden €!

7. Und dann noch:

- Abbau des Kündigungsschutz
- Reduzierung der Mitbestimmung
- Fehlende Ausbildungsplätze
- Reform Pflegeversicherung (nur verschoben!)

Gründe genug, sich an den geplanten Aktionen zu beteiligen! Die Herbstaktivitäten werden übrigens auch über den 21 .Oktober 2006 hinausgehen, der DGB und seine Einzelgewerkschaften werden die Gesetzgebungsverfahren nicht nur formal begleiten.

Mit freundlichen Grüßen



Das geht besser. Aber nicht von allein

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften - also auch die Gewerkschaft der Polizei - rufen für den **21. Oktober 2006** zu Demonstrationen in den Städten Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Frankfurt auf.

Grund sind die von der Bundesregierung geplanten Verschlechterungen im Sozial- und Steuerrecht.

Es ist besonders wichtig, dass auch unsere Kolleginnen und Kollegen Flagge zeigen und an den Aktionen teilnehmen. Von vielen geplanten Änderungen sind sie entweder direkt betroffen oder spätestens bei der „wirkungsgleichen Übertragung“ der getroffenen Maßnahmen auf den Beamtenbereich.

Geplant oder schon beschlossen sind:

- > Anhebung des **Mehrwertsteuersatzes** um drei Punkte auf 19% zum 1. Januar 2007
- > Das **Steueränderungsgesetz 2007**:
 - Reduzierung der Pendlerpauschale
 - Halbierung des Sparerfreibetrages
 - Beschränkung de Kindergeldfreibetrages für studierende Kinder auf das 25. Lebensjahr
- > Das Renteneintrittsalter wird über eine **Rentenreform** von bisher 65 auf das 67. Lebensjahr heraufgesetzt.
Damit gerät auch die besondere Altersgrenze in der Polizei in Gefahr und das Versorgungsniveau wird wie im Rentenrecht weiter abgesenkt werden.
- > Die **Gesundheitsreform** belastet Tarifbeschäftigte und Rentner ab 1. Januar 2007 mit Beitragssatzsteigerungen zu ihrer gesetzlichen Krankenversicherung.
Es ist zu erwarten, dass die privaten Krankenversicherungen nachziehen werden. Bestehende Verträge von Privatversicherten sollen in einen Basis- und Zusatztarif umgestellt werden. Das kann Beitragssteigerungen von über 30 v.H. bedeuten. Der Weg zur Übertragung auf die Beihilfe ist nicht weit. Das gilt auch für die geplante jährliche Selbstbeteiligung von 1200 €.

Insgesamt werden die Reformvorhaben des Herbstes 2006 die Beamtinnen und Beamten, Tarifbeschäftigte, Versorgungsempfänger sowie Rentner massiv belasten.

Und dann noch:

- > Die beschlossene **Föderalismusreform**.
- > Die **Unternehmenssteuerreform**: Steuergeschenke in Höhe von fünf Milliarden €!
- > Abbau des Kündigungsschutz
- > Reduzierung der Mitbestimmung
- > Fehlende Ausbildungsplätze.
- > Reform Pflegeversicherung (nurverschoben!)

Gründe genug, sich an den geplanten Aktionen zu beteiligen! Die Herbstaktivitäten werden übrigens auch über den 21. Oktober 2006 hinausgehen, der DGB und seine Einzelgewerkschaften werden die Gesetzgebungsverfahren nicht nur formal begleiten.